

ATOMMÜLL-ZWISCHENLAGER BRUNSBÜTTEL OHNE GENEHMIGUNG. SICHERHEIT DER ATOMMÜLLLAGER IN BAYERN MUSS NEU ÜBERPRÜFT WERDEN.

Der BUND Naturschutz fordert die bayerische Staatsministerin Ulrike Scharf auf, an den drei Atommüll-Zwischenlagern in Bayern unverzüglich Sicherheitsüberprüfungen vorzunehmen.

„Es ist inakzeptabel, wenn das zuständige bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz nach Aufhebung der Genehmigung für eines der Zwischenlager in Brunsbüttel nun so tut, als gäbe es an den bayerischen Standorten in Gundremmingen, Ohu und Grafenrheinfeld keinerlei Sicherheitsprobleme“, sagte Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND Naturschutz. „Die Ministerin muss umgehend nachweisen, dass die bayerischen Zwischenlager beispielsweise gegen Terrorattacken umfangreich geschützt sind. Aus unserer Sicht müssen an allen bayerischen Standorten neue Genehmigungen für das Zwischenlager hoch radioaktiver Brennelemente beantragt werden, die strengeren Sicherheitskriterien genügen als bisher. Bis zur Klärung der offenen Fragen dürfen keine weiteren Castor-Behälter in diese Lager gebracht werden“, sagte Weiger.

Für den BUND Naturschutz nicht glaubhaft ist die Darstellung der Atomaufsicht von Bund und Ländern, es gebe trotz Aufhebung der Genehmigung für das Zwischenlager in Brunsbüttel bei den anderen Atommüll-Lagern in Bayern keine Sicherheitsprobleme. Auch wenn das dazugehörige Urteil des Obergerichtes Schleswig nur die Zwischenlagerung hochradioaktiver Brennelemente in Brunsbüttel betreffe, gingen dessen Folgen weit darüber hinaus. Da alle Zwischenlager nahezu gleichzeitig geplant, genehmigt und gebaut worden seien, bestünden die oder ähnliche Defizite mit hoher Wahrscheinlichkeit auch an anderen Standorten.

„Die Sicherheitsüberprüfungen müssen an allen bayerischen Atommüll-Zwischenlagern für die Öffentlichkeit und die Gerichte transparent und nachvollziehbar durchgeführt werden. Misslingt dies, dann ist das ein Beleg dafür, dass Atomenergie und Rechtsstaat miteinander unvereinbar sind. Dann bleibt als Konsequenz nur das unverzügliche Abschalten der Atomkraftwerke“, sagte der BUND Naturschutz Vorsitzende Weiger.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 26. Februar 2015

PM 017-15/LFG

Energie

PRESSEMITTEILUNG



Für Rückfragen:

Richard Mergner, Landesbeauftragter

Tel: 0171-6394370

Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz

Tel: 0151-50489963

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 26. Februar 2015

PM 017-15/LFG

Energie